



Dr. Martina Bunge

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
(030) 227 – 70067
(030) 227 – 76076
Martina.bunge@bundestag.de

Pressemitteilung

15. April 2008

Altersarmut: Ost-SPD-Politiker endlich aufgewacht!

In den neuen Bundesländern droht eine starke Zunahme der Altersarmut. Mit dieser Erkenntnis sind jetzt zwei ostdeutsche SPD-Politiker in die Öffentlichkeit getreten. Dazu erklärt die Bundestagsabgeordnete Martina Bunge von der Linksfraktion:

Wenn Sozialminister Erwin Sellering aus Mecklenburg-Vorpommern und Finanzminister Jens Bullerjahn aus Sachsen-Anhalt vor der Verarmung alter Menschen warnen, begrüße ich das. Endlich auch ein Realitätsgewinn bei der SPD, möchte man sagen, denn Sozialverbände und die Partei DIE LINKE machen seit geraumer Zeit auf diese verhängnisvolle Entwicklung aufmerksam. Wuchernder Niedriglohn und Langzeitarbeitslosigkeit in Ostdeutschland sind wesentliche Ursachen dafür. Wer unter die – maßgeblich von der SPD eingeführten – Hartz-IV-Gesetze fällt, erwirbt gar nur einen Rentenanspruch von 2,19 Euro pro Jahr. In Mecklenburg-Vorpommern sind fast 47.000 Menschen zwischen 50 und 65 Jahren auf Hartz IV angewiesen.

Wenn die beiden sozialdemokratischen Minister einen flächendeckenden Mindestlohn verlangen, ist das überfällig. Dass ihnen dessen Einführung in großen Koalitionen mit der Union sowohl im Land wie auch im Bund gelingt, bezweifle ich. Schon war in der der CDU-Fraktion im Schweriner Landtag von einer Verunsicherung der Senioren und von „Panikmache“ die Rede.

Meine Partei, DIE LINKE, will eine Alterssicherung, die den Lebensstandard wieder sichert und in Ost und West vor Armut schützt. Die Rente soll besser darauf reagieren, dass nur noch relativ wenige Menschen vom Schulabschluss bis zum Rentenalter durchgängig in Lohn und Brot stehen. Zeiten für Kindererziehung und Pflege, von Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie von Aus- und Weiterbildung sollen deshalb höher bewertet werden. Zeiten mit niedrigem Verdienst müssen durch sogenannte Mindestentgeltpunkte aufgewertet werden.

Zur Finanzierung der Altersversorgung schlagen wir vor, schrittweise alle Erwerbstätigen in die „Gesetzliche“ einbeziehen, so auch Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete oder Minister. In eine soziale Erwerbstätigenversicherung für alle sollen Arbeitgeberschaft und Arbeitnehmerschaft paritätisch einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze könnte angehoben werden. Und: Die Produktivitätssteigerung in der Wirtschaft müsste sich endlich bei der Rentendynamisierung niederschlagen – als tatsächliche Teilnahme der Älteren am Aufschwung.